

Amtliche Bekanntmachung

42 K 154/23



Amtsgericht Siegburg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 30.04.2024, 10:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal 234, Neue Poststraße 16, 53721 Siegburg**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Sieglar, Blatt 8649,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Sieglar, Flur 1, Flurstück 9, Gebäude- und Freifläche, Lindenstr. 14,
Größe: 231 m²

versteigert werden.

Eingebautes, zweigeschossiges, voll unterkellertes Einfamilienwohnhaus mit Garten. Baujahr ca. 1913, Modernisierung der Fenster ca. 1980er Jahre, Heizzentrale vor ca. 10 – 12 Jahren. Wohnfläche ca. 115 m². Raumaufteilung: DG: Flur, Speicherraum, 1 Zimmer, Bad; OG: Flur, 3 Zimmer, Balkon; EG: Flur, Küche, Wohn- und Esszimmer; KG: Flur, 3 Kellerräume inkl. Heizungs- und Hausanschlüsse.

Grundstücksgröße 231 m².

Lage: Lindenstraße 14, 53842 Troisdorf-Oberlar.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 02.11.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

287.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.